

**Markus Eisenmann**

**18.07.2017**

**Markus Eisenmann nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:**

**Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)**

## **Netzsperrern**

Ich bin gegen eine Einführung von Netzsperrern in §17 Abs 1a TKG-E.

Diese Art der Zensur untergräbt das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und ist ein unverhältnismäßiges Mittel mit enormen Missbrauchspotential. Die Entscheidung, auf welche Inhalte zugegriffen werden kann oder ob mein Datenverkehr manipuliert wird, darf nicht ein Internetprovider treffen. Der Entwurf lässt es gänzlich ungeregelt, ob, wann, wie, warum oder wie lange welche Inhalte zensiert werden. Es müssen die Rahmenbedingungen (eindeutig) definiert werden, sowie Bestimmungen zur Aufhebung sowie strafbewerte Folgen bei missbräuchlicher (oder geringfügiger) Verwendung einfließen.

## **Vorratsdatenspeicherung für Videoüberwachung**

Ich bin gegen die Vernetzung von Videoüberwachung nach § 53 Abs. 5 SPG-E und gegen die Vorratsdatenspeicherung von Videoüberwachung für 2 Wochen mittels einfachem Bescheid nach § 93a SPG-E.

Ob Videoüberwachung überhaupt ein geeignetes Mittel ist, um Terroranschläge zu verhindern, muss bezweifelt werden. Weder in Nizza noch Großbritannien, welches über eine fast lückenlose und hoch-technisierte Überwachung verfügt, konnten diese Maßnahmen einen Anschlag verhindern; bestenfalls wird lediglich ein (falsches) Gefühl von Sicherheit erzeugt.

## **Autobahnüberwachung**

Ich bin gegen die Videoüberwachung im Straßenverkehr und die aus § 54 Abs. 4b SPG-E und §19a Abs. 1a BStMG-E resultierende Erfassung und Verarbeitung des Lenkers, des Kennzeichens, der Marke, des Typs und der Farbe des Fahrzeuges durch Sicherheitsbehörden.

Mit dieser Ausweitung der Videoüberwachung im Straßenverkehr werden alle Autofahrerinnen und Autofahrer unter Generalverdacht gestellt. Diese Form der Vorratsdatenspeicherung ist nicht mit dem VfGH-Erkenntnis zur Section Control von 2007 [1] vereinbar und ist auch im Lichte der Rechtsprechung des EuGH im Fall Watson/Tele 2 Sverige sehr zweifelhaft.

[1] [https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH\\_G\\_147-148-06\\_ua\\_-\\_section\\_control.pdf](https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH_G_147-148-06_ua_-_section_control.pdf)